



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/V/182

8. August 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Harrimans Auftrag	S.1
Vor einem österreichischen Volksdeutschen-Statut	S.3
Kein Verzicht auf Gerechtigkeit	S.4
Der SED-Sport	S.5
Wieder "monopolkapitalistische" Insetate für KP-Zeitung	S.6

Harrimans Auftrag

sp. Wichtiger als manche Nachricht, die in den letzten Wochen die Schlagzeilen der Weltpresse beherrscht hat, ist die unscheinbar klingende Meldung, dass Truman seinen persönlichen Sonderberater für aussenpolitische Fragen, Averell Harriman, zu McArthur entsandt hat, damit er mit dem General die gesamte politische Lage in Ostasien bespreche. Der Flug nach Tokio ist der erste Auftrag Harrimans nach dem Antritt seines neuen Amtes, das Truman für ihn geschaffen hat und das ihn sehr bald in einer ähnlichen Rolle finden dürfte, wie sie Harry Hopkins unter Roosevelt gespielt hat.

Es mag auf den ersten Blick verwunderlich erscheinen, dass der amerikanische Präsident auf der gleichen Konferenz, auf der er den Auftrag an Harriman bekanntgab, versicherte, er werde Aussenminister Acheson und Verteidigungsminister Johnson so lange auf ihren Posten halten, wie er selbst Herr des Weißen Hauses sei. Beide Minister stehen nicht erst seit Korea unter scharfem Feuer. Ihr Rücktritt ist wiederholt gefordert worden. Aber in Zukunft werden Forderungen dieser Art weit mehr noch als bisher papierne Drohungen sein. Im Falle Acheson ist die Versicherung Trumans wohl nicht nur der Ausdruck seines persönlichen Vertrauens. Wenn Achesons Asienpolitik durch den koreanischen Krieg einen schweren Schlag erlitten hat, so trifft dies in gleichem Maße Truman. Die amerikanische Verfassung kennt keinen Aussenminister, der einem Kabinett, sondern nur

einem Staatssekretär, der dem Präsidenten der Vereinigten Staaten verantwortlich ist. Die Loyalität Trumans gegenüber Acheson ist auch die Loyalität gegenüber einem Freunde, dessen Politik er mit seinem Namen gedeckt hat, mit dem er also gemeinsam geirrt hat. Praktisch hat sich der Präsident, indem er das neue Amt eines aussenpolitischen Beraters schuf, in aller Stille einen zweiten Aussenminister gewählt, denn auch Acheson, wie jeder amerikanische Aussenminister, war und ist verfassungsrechtlich nur der aussenpolitische Berater und die Hilfe des Präsidenten.

Dean Acheson hat die Berufung Harrimans begrüsst. Das ist nicht nur der Versuch, das Gesicht zu wahren. Harrimans Aufgabe beschränkt sich nicht auf die aussenpolitische Beratung des Präsidenten, sondern hat auch den Sinn, die Dutzende von aussenpolitischen Gremien und Ämtern zu koordinieren. Die Weltführungsrolle, die dem Vereinigten Staaten als der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Vormacht des Westens nach dem zweiten Weltkrieg zugefallen ist, hat den aussenpolitischen Behördenapparat Amerikas ins Ungeheure anschwellen lassen, wodurch ein Durch- und auch Gegeneinander fast unvermeidlich geworden ist. Hier kann die Arbeit Harrimans zugleich auch eine Stärkung der Arbeit Achesons bedeuten.

Harrimans Amt gibt ihm soviel Macht und Einfluss, wie er zu erlangen verstehen wird; Macht ohne Verantwortung, denn die trägt Truman allein. Der neue Berater hat in bedeutenden Ämtern - als Verwalter des Pacht- und Leihsystems während des letzten Krieges, als Botschafter in Moskau, als Handelsminister und dann als der reisende Botschafter der Marshallplan-Verwaltung - bewiesen, dass er eine grosse dynamische Persönlichkeit ist. Als Erbe eines riesigen Millionenvermögens finanziell vollkommen unabhängig, in seinem neuen Amte ohne den Ballast eines grossen Apparates, kann er eine bedeutende Kraft in der Weltpolitik werden. Er kennt die Russen, vor allem Stalin, aus persönlichen Erfahrungen. Er hasst das Sowjetsystem, aber er kennt auch die Schwäche der westlichen Position überall da, wo Armut und Elend die Voraussetzungen schaffen für die Ausbreitung des Kommunismus. Im weit höheren Masse als von Europa gilt das von Asien. Seine Gespräche mit McArthur, über deren wirklichen Inhalt nichts in die Öffentlichkeit dringen wird, gelten nicht der militärischen Lage in Korea, sondern der mit der nordkoreanischen Aggression an einem entscheidenden Wendepunkt angekommenen amerikanischen Asienpolitik. Ihre neue Route wird Harriman sehr wesentlich mitbestimmen. f.

Vor einem österreichischen Volksdeutschen-Statut

W. Wien, im August

Das Problem der heimatvertriebenen Volksdeutschen in Österreich ist nunmehr in ein wichtiges Stadium getreten. Verschiedene Ereignisse der letzten Zeit lassen erkennen, dass der überwiegende Teil der österreichischen Bevölkerung eine menschliche Lösung wünscht. Die Presse beschäftigt sich intensiv mit dem Problem der 350.000 "Altösterreicher", die bisher keine staatsbürgerlichen Rechte besitzen.

Nun sollen den freundlichen Worten die Taten folgen. Es wurde ein Ministerkomitee eingesetzt, das sich mit den zu lösenden Fragen beschäftigen soll. So sehr diese Nachricht von den Betroffenen ersehnt wurde, so sehr waren sie über den unverbindlichen Passus der amtlichen Meldung erbittert, das besagte Komitee werde "zu gegebener Zeit" dem Kabinett Bericht erstatten. Die "Zentralberatungsstelle der Volksdeutschen", die staatlich genehmigte Vertreterin der Flüchtlingsbelange, warnte vor der Erregung der Volksdeutschen. Es wurde festgestellt, dass die bloße Einsetzung eines Ministerkomitees nicht mehr befriedigen könne. Seit 1947 sei die Angelegenheit der Heimatvertriebenen von den Alliierten der österreichischen Regierung übertragen. Die Volksdeutschen zögen, so wurde betont, eine klare negative Entscheidung, z.B. den unverzüglichen Abschub nach Westdeutschland, einer weiteren Verzögerung vor. Ferner forderten die Vertreter der Volksdeutschen, dass sie zu den Beratungen des Ministerkomitees beigezogen werden. Wie man von gut unterrichteter Quelle erfährt, ist dieses Komitee nicht abgeneigt, sich mit den Volksdeutschen zur Beilegung der schwebenden Fragen zusammensetzen, umso mehr, als die Zentralberatungsstelle der Volksdeutschen jede Verantwortung für die Folgen ablehnt, wenn eine Lösung des Problems nicht unverzüglich angestrebt wird.

Das Gespräch zwischen Österreichern und "Altösterreichern" wird also in der nächsten Zeit in Fluss kommen. Das Problem ist reif. Österreichische Politiker haben zugegeben, dass es lösbar ist, vorausgesetzt, dass auch das Ausland seine hilfreiche Hand öffnet. Diese wurde dem österreichischen Staat auf der Salzburger Tagung der Ökumene in Aussicht gestellt. Somit besteht Grund zu erfreulichem Optimismus.

Für die politischen Parteien sind die Volksdeutschen nunmehr interessant geworden. Jede der grossen Parteien sucht sich Einfluss auf die "Gleichberechtigten in spe" zu sichern, obwohl die Heimatlosen gegenwärtig nicht in der Lage sind, bei politischen Entscheidungen ihre Stimmen

in die Waagschale zu werfen: sie sind als "Ausländer" nicht wahlberechtigt und haben kein Recht, in politische Parteien einzutreten.

Sie haben auch nicht die Absicht, im gegenwärtigen Zeitpunkt^{es} zu tun. Ihre politischen Ambitionen werden von dem Streben nach Gleichberechtigung überschattet; das lässt alle parteipolitischen Gegensätze verschwinden. Sie wissen, dass ihre Organisationen, also die Zentralberatungsstelle und die ihr untergeordneten Landmannschaften, absolut überparteilich geführt werden müssen. Der Gedanke einer eigenen Flüchtlingspartei findet nicht viele Anhänger, weil eine solche Partei von Flüchtlingen auf parlamentarischem Boden keine Rolle spielen könnte.

Sehr spät hat man sich in Österreich dazu bequemt, das Flüchtlingsproblem anzupacken. Schon machen sich innerhalb der Heimatlosen und Rechtlosen extremistische Strömungen geltend. Die einsichtigen Politiker in Österreich haben dies endlich erkannt. Ein Volksdeutschen-Statut als Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regierung und Volksdeutschen soll den bisherigen, für Österreich beschämenden Zustand eines doppelten Rechts abschaffen. Für die Vertriebenen soll das Statut der Anfang neuer Hoffnungen sein.

- - -

Kein Verzicht auf Gerechtigkeit

-st. Die Absicht der Hamburger Zonensuchzentrale, das Schicksal von 1,5 Mill. vermissten Soldaten aufzuklären, ist wert, in jeder Hinsicht unterstützt zu werden. Nur wer selbst die Qual der Ungewissheit kennt weiss, was es bedeutet, mehr als fünf Jahre nach Kriegsende zwischen Bangen und Hoffen über das Schicksal eines Sohnes, des Vaters oder des Mannes schweben zu müssen; ganz abgesehen von den rechtlichen und sozialen Folgen eines solchen Zustandes und seinen Auswirkungen auf das Familienleben.

Die Aufklärung des Schicksals von mehreren Millionen Vermissten ist aber nur ein Teil der Kriegsbilanz, die es für das deutsche Volk zu ziehen gilt. Es gibt in dieser Bilanz noch ein Konto, dessen sich bisher niemand angenommen hat. Wir meinen damit die Zahl der Zivilisten, die im Frühjahr 1945 als Flüchtlinge, als Angehörige deutscher Volksgruppen im Ausland usw. zum Ausklang des Hitler-Krieges ums Leben kamen. Es war die Zeit, da die Deutschen überall dort vogelfrei waren, wo die bisherige NS-Ordnung hinter den geschlagenen deutschen Truppen zusammengebrochen war und die anderen, die das Regiment antraten, sich auf das

Niveau des Nationalsozialismus herabziehen liessen.

Eine amerikanische Darstellung hat einmal von fünf Millionen toten Deutschen gesprochen, die auf der Flucht nach dem Westen die Strassen der Niederlage säumten. Es wäre an der Zeit, dass eine amtliche deutsche Stelle sich dieser Materie erbarmte. Vielleicht könnte diese Stelle das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen sein, das sich bei seinen Nachforschungen der einzelnen Landsmannschaften der Ostvertriebenen bedienen könnte.

Die Ostvertriebenen haben in Stuttgart feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet. Verzicht auf Rache bedeutet aber nicht Verzicht auf Gerechtigkeit. Eine Statistik über die Blutopfer der Vertriebenen soll nicht dazu dienen, als eine offene Rechnung unter dem Motto Aug um Auge, Zahn um Zahn für den Tag der Wiederkehr in die Heimat aufbewahrt zu werden. Bis zu diesem Tag sind Gott sei Dank die fürchterlichen Erinnerungen durch den Filter der Zeit von allen Rachebedürfnissen geläutert. Aber die Gerechtigkeit verlangt eine solche Zusammenstellung; die Gerechtigkeit gegenüber den Vertriebenen, gegenüber der Geschichte und auch gegenüber der Mitwelt, die dem deutschen Volk die Opfer des Nationalsozialismus aufgelastet hat. Nicht um die deutsche Schuld und Mitverantwortung an den hinter uns liegenden Jahren und Zuständen zu verkleinern, sondern um die verschobenen Perspektiven wieder ins richtige Maß zu bringen, ist eine solche Zusammenstellung notwendig. Richtig verstanden, kann sie abschreckend in die Zukunft wirken und die Erkenntnis vertiefen, dass eine bessere Welt nicht mit dem Schwert der Rache und dem Blut der Unschuldigen aufgebaut werden kann.

Der SED - Sport

M.J. Niemand wird leugnen, dass der Sport - ursprünglich im Sinne des "edlen Wettstreits der Kämpfer" durchaus individualistisch - in unserer Zeit zu einer Angelegenheit der Massen geworden ist. Das betrifft die Zuschauer so gut wie die Sportvereine, deren Mitgliedszahlen - an aktiven und passiven Sportlern - oft kaum glaubhafte Höhen erreichen. Immerhin haben fast alle Vereine ihr auf alten Traditionen fussendes Eigenleben, und das bewahrt sie vor jener gerade im Sport sich so verhängnisvoll auswirkenden Uniformität, die mit der echten Verbundenheit unter Sportlern recht wenig zu tun hat.

Es verwundert nicht, dass in der Ostzone nun auch der Sport gleich

geschaltet wird. Was nicht einmal die Nationalsozialisten fertigbrachten (nur im Sudetenland gelang die Gleichschaltung durch die "NS-Turngemeinden") - das ist der SED nun gelungen: die völlige Politisierung des Sportes, natürlich im östlich verstandenen Sinne.

Erreicht wurde sie unter anderem durch die Auflösung vieler alter Vereine und ihren Ersatz durch "Betriebs-Sport-Gemeinden". Dieser Begriff ist nicht neu; Sportvereine der Behörden und Betriebe hat es immer gegeben. Jedoch haben sie ihren festumrissenen Arbeitsbereich, dessen Beschränkung durch die Zahl der im Betrieb beschäftigten Sportler gegeben ist. Die BSG der Ostzone hingegen arbeiten auf gewerkschaftlicher Basis. Da gibt es zum Beispiel als neuen Oberligaverein der Sowjetzone die BSG Glas, Jena. Es heisst, dass hier die Mitglieder des alten 1.SV Jena spielen werden. Ob sie tatsächlich alle in der Glasindustrie beschäftigt sind?

Worauf diese - sicher nicht freiwillige - Maßnahme der ostzonalen Sportverbände hinausläuft, ist klar. Durch die Sprengung der alten, traditionsgebundenen Sportvereinigungen sollen letzte Reste der überlieferten und bestehenden Ordnung mit dem berühmten eisernen Besen hinweggefegt werden, um den Boden für intensive "Schulung" auch hier vorzubereiten. Dass hierbei eine sportliche Leistungssteigerung erreicht wird, ist nicht ausgeschlossen, aber doch recht unwahrscheinlich. Zwar werden die BSG-Mitglieder nun alle erdenklichen materiellen Vorteile geniessen - den echten Geist des Sports aber wird man mit solchen Methoden höchstens beeinträchtigen, wenn nicht ganz ersticken. Allein er aber entscheidet über Wert und Unwert der Sportler, mögen auch zeitweilige, äusserliche Erfolge darüber hinwegtäuschen.

Wieder "monopolkapitalistische" Inserate für KP-Zeitung.

sp. Das Zentral-Organ der KP "Freies Volk" plant demnächst eine neue Anzeigenserie der westdeutschen Industrie, und zwar hat u.a. die Gutehoffnungshütte Ende Juli weitere Inseratenaufträge an das KP-Organ gegeben, nachdem dieser Konzern bereits mit einer viertelseitigen Anzeige in der Ausgabe des "Freien Volkes" vom 8./9. Juli vertreten war. Anzeigenwerber für das "Freie Volk" ist der Düsseldorfer KP-Stadtverordnete Eduard Bieschke, der zugleich Funktionär der Industriegewerkschaft Bau und Mitglied des Bau-Ausschusses der Stadt Düsseldorf ist, was bei seinen Werbungen bei Baufirmen nicht ohne Eindruck bleiben mag. Schwerindustrielle Unternehmen ausserhalb Düsseldorfs haben sich bereits grundsätzlich die Kritik an ihrem Verhalten, die u.a. das Unternehmerorgan "Industrie-Kurier", die "Zeit" und der "Tag" übten, mit dem Bemerkten verbat, die Redaktionen sollten sich nicht in Angelegenheiten mischen, die sie nichts angingen.